



LANDESVORSTAND

Von Freie Heilfürsorge bis Stadtamt – viele Themen beschäftigen die GdP

Welche Aktivitäten hat die GdP zu Beginn des Jahres entfaltet? Hier eine Auswahl:

Freie Heilfürsorge

In der Folge der Auseinandersetzung um die Zuzahlung zur Freien Heilfürsorge im letzten Jahr trafen sich die Spitzen des DGB und der öD-Gewerkschaften (Annette Düring – DGB, Christian Gloede – GEW, Arno Dick – ver.di, Horst Göbel – GdP) mit den Fraktionsvorsitzenden von B90/Die Grünen und SPD, Matthias Güldner und Björn Tschöpe.

In einem ernsten und intensiven Gespräch ließen wir noch einmal die Ereignisse rund um die damals geplanten Verschlechterungen zur Freien Heilfürsorge Revue passieren. Wir stellten fest, dass das Vertrauen der Kolleginnen und Kollegen in den Arbeitgeber nachhaltig erschüttert wurde. Die Kürzungen und Streichungen der letzten Jahre und die eher oberflächliche Beteiligung der Gewerkschaften an den für die Beamten nachteiligen Gesetzesvorlagen ließen das Klima in den Behörden in Richtung „Bodenfrost“ sinken, so die Aussagen der Gewerkschafter.

Gemeinsam forderten die Gewerkschaftsspitzen eine intensivere Zusammenarbeit, die in eine Vereinbarung „Verhandeln statt Verordnen“ zu gießen sei.

Personalkongress abgesagt

Aufgrund der empörten Reaktionen unserer Kolleginnen und Kollegen von Polizei und Feuerwehr zum Thema Freie Heilfürsorge war es ein Anliegen des DGB und der mit ihm verbundenen Gewerkschaften, einmal grundsätzlich über die Umgehensweise von öffentlichen Arbeitgebern mit ihren Beschäftigten zu diskutieren. Der bereits im Dezember letzten Jahres vorbereitete Kongress musste wegen terminlicher Schwierigkei-

ten der Arbeitgeberseite abgesagt werden. Er sollte Mitte Februar stattfinden. Einen neuen Termin soll es für den Kongress im Herbst geben.

Bundesverwaltungsgerichtsentscheidung zur Versorgung aus dem Endamt

Wie ihr einer Info entnehmen konntet, beschied das Bundesverwaltungsgericht ein auf Betreiben der GdP Schleswig-Holstein eingeleitetes Verfahren positiv. Die Entscheidung läuft darauf hinaus, dass die Zeit, die der spätere Versorgungsempfänger bereits in einer höherwertigen Funktion gearbeitet hat, auf die Wartezeit im Endamt angerechnet wird.

bei sogenannten Fußballfans beliebtes Mittel, Kolleginnen und Kollegen herabzuwürdigen.

Inzwischen kommt die Rechtsprechung zu dem Ergebnis, dass die Buchstabenkombination als Beleidigung einzuordnen ist. Wir nahmen den Vorfall vom Dezember 2012 zum Anlass, den Aufsichtsratsvorsitzenden des SV Werder, Willi Lemke, zu bitten, das Verbot der Buchstabenkombination A. C. A. B. in die Stadionordnung aufzunehmen.

Als einer der ersten Bundesligavereine in Norddeutschland hat Hannover 96 das bereits auf Betreiben der GdP Niedersachsen vollzogen.

Mögliche Gefahren durch Samsung Drucker

Der Drucker des Typs „Samsung ML-3471 ND“ weist nach einem Gutachten des Bremer Umweltinstituts eine ungewöhnlich hohe Rate von Emissionen durch Feinstäube auf. Anlass des Gutachtens war eine ungewöhnlich hohe Rate von Krebserkrankungen bei Mitarbeitern des Amtsgerichts Burgwedel. Als bei einer Untersuchung der örtlichen Gegebenheiten ein Drucker des o. g. Typs wegen hoher Emissionen auffiel, ließ das niedersächsische Justizministerium ein Gutachten anfertigen.

Da sich wegen der festgestellten Emissionen eine Gesundheitsgefährdung nicht ausschließen ließ, verfügte das niedersächsische Justizministerium den Austausch der Geräte des o. g. Typs.

Der Gesamtpersonalrat Bremen forderte die Senatorin für Finanzen auf, ebenfalls so zu verfahren. Als GdP wiesen wir den Senator für Inneres auf das Gutachten hin und verlangten eine Überprüfung seines Verantwortungsbereichs auf Drucker des o. g. Typs sowie deren Austausch.



Die Gewerkschaft der Polizei hat Finanzsenatorin Karoline Linnert und Innensenator Mäurer aufgefordert, die Entscheidung des BVG in Bremen umzusetzen.

Beleidigung von Einsatzkräften durch sogenannte Fußballfans

Im Bundesligaspiel SV Werder gegen den 1. FC Nürnberg hatten im Dezember letzten Jahres Bremer Ultras Banner mit der Aufschrift „Bremer Polizisten – Mörder und Faschisten“ entfaltet. Das nahm, mit Unterstützung der GdP, ein Kollege zum Anlass, eine Strafanzeige wegen Volksverhetzung zu erstatten. Das ist kein Einzelfall. So ist die öffentlich zur Schau getragene Buchstabenkombination A. C. A. B. (all cops are bastards) ein

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

**Strukturreform Stadtamt**

Eines der ersten Gespräche in diesem Jahr führte die GdP mit Staatsrat Holger Münch zur Situation im Stadtamt. Derzeit prüft die GdP den ihr dazu vorliegenden Bericht.

*Horst Göbel  
Landesvorsitzender*



**TERMIN**

**Redaktionsschluss für die April-Ausgabe 2013, Landesjournal Bremen, ist der 4. März 2013.**

Artikel bitte mailen an:  
Ahlersbande@t-online.de



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe: **Landesbezirk Bremen**

**Geschäftsstelle:**  
Bgm.-Smidt-Straße 78  
28195 Bremen  
Telefon (04 21) 9 49 58 50  
Telefax (04 21) 9 49 58 59  
Behörde: 1 09 48  
Internet: [www.gdp-bremen.de](http://www.gdp-bremen.de)  
E-Mail: [info@gdp-hb.de](mailto:info@gdp-hb.de)

**Redaktion:**  
Wolfgang Ahlers (V.i.S.d.P.)  
c/o Gewerkschaft der Polizei  
Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen  
Telefon dienstlich (04 21) 3 62-1 90 56

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Forststraße 3 a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35 vom 1. Januar 2013

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-642X

**Vertrauensleute – ich bin dabei !**

**Auch wenn die nächste Vertrauensleutewahl noch in weiter Ferne liegt, irgendwie rennt die Zeit immer, und deshalb bereits jetzt der wichtige Hinweis: Die Fachgruppe Schutzpolizei wird im September 2013 die Vertrauensleutewahl in ihren Bereichen durchführen.**

Diese Wahl ist u. a. notwendig geworden, weil mehrere aktive Vertrauensleute nicht mehr in der Direktion Schutzpolizei ihren Dienst versehen. Sie haben sich z. B. erfolgreich auf Stellen in anderen Direktionen beworben, ihr Ehrenamt niedergelegt oder sind in den wohlverdienten Ruhestand getreten. So ist die Lebens-

für alle Mitglieder eingerichtet. Schaut mal rein: <http://www.gdp.de/bremen>.

Alle diese Aufgaben können wir nur mit eurer Unterstützung erfolgreich weiterführen. Wir brauchen die Informationen aus euren Bereichen. So gibt es durch die erneuten Veränderungen bei den Standorten, TI-Zeitfenstern, der KOP-Nachbesetzung und den zusätzlichen ZED-Tätigkeiten ein breites Aufgabenfeld, wobei diese Aufzählung nur beispielhaft ist.

Als Vertrauensleute seid ihr die direkten Ansprechpartner vor Ort, ihr habt den Kontakt. Über den Fachgruppenvorstand versuchen wir dann, die Sorgen und Nöte entsprechend zu steuern, sei es über die Gewerkschaft oder den Personalrat, um gemeinsam Lösungen zu erzielen.



**V. l.: Nils Winter, Daniel Alves, Holger Witt, Jochen Kopelke, Peter Schnaars, Jörg Kleischmann. Es fehlen Michael Birkhan und Kai Rohmeder.**

und Berufserfahrung neuer Kolleginnen und Kollegen gefragt, die sich gerne aktiv in die gewerkschaftliche Arbeit einbringen wollen. Die Fachgruppe Schutzpolizei hat in der vergangenen Zeit einiges bewegt und mit angeschoben, so z. B.

- die Fragebogenaktion „Gewalt gegen Polizeibeamte“,
- Arbeitsbedingungen wie Überlastungen, Krankenquote und Urlaubsansprüche immer wieder angemahnt,
- auch „Kleinigkeiten“ wie andere Handschuhe über die Bekleidungskommission geordert
- oder die Diskussion über Klimaanlage in den Diensträumen endlich zum Abschluss gebracht.

Weiter haben wir auf der Homepage der GdP Bremen ein Diskussionsforum

Und damit ihr nicht völlig unvorbereitet dieser neuen und interessanten Aufgabe gegenübersteht, bieten wir auf unserem Fachgruppenseminar in Tossens für alle Kolleginnen und Kollegen das entsprechende Rüstzeug an. Das Seminar findet vom 10. bis 12. Juni 2013 statt, Sonderurlaub kann beantragt werden. Ihr könnt ja mal schauen, wie der Termin passt oder sprecht uns einfach an, wenn ihr Fragen habt. Und wie auf dem Foto schon zu sehen ist, fehlen insbesondere die Kolleginnen. Wir freuen uns auf die Mitarbeit, auf neue Ideen und Anregungen, nur Mut!

Infos bei den Vertrauensleuten, dem Vorstand (Foto) auch unter: [gdp-bremen@gdp-online.de](mailto:gdp-bremen@gdp-online.de)

*Holger Witt  
Fachgruppe Schutzpolizei*



FACHGRUPPE SCHUTZPOLIZEI

# „Spuckalarm“ und die Politik sitzt im Trockenen

**Das Thema Spuckschutzhauben wird bei den Polizistinnen und Polizisten in Bremen immer noch „feucht“ und heiss diskutiert. Und dieses wird sich auch nicht ändern, wenn die verantwortlichen Politiker im Lande Bremen nicht endlich ihr Okay geben, dass die Spuckschutzhaube eingesetzt werden darf.**

Wieder wurden Polizeibeamte von einem Mitmenschen angespuckt, obwohl diese nur helfen wollten. Das eklige Sekret landete direkt auf der Stirn eines Polizeibeamten. Wie sich später herausstellte, ist der „Spucker“ an Hepatitis C erkrankt. Gegen diese Art von Hepatitis kann man sich auch nicht impfen lassen. Des Weiteren ist es ein

ekliges und menschenverachtendes Gefühl, wenn man als Betroffener (hier ein Polizeibeamter = Mensch) dieses eklige Sekret von seinem Kopf/Gesicht entfernen muss.

Wir würden gerne mal wissen, wie sich ein Politiker verhält, wenn er angespuckt wird.

Hier wird nicht nur der Polizist (= Mensch) angespuckt, sondern in erster Linie unser Rechtsstaat auf diese Art und Weise angegriffen.

Wir fordern unverzüglich die Erlaubnis von den verantwortlichen Politikern, insbesondere dem Senator für Inneres und Sport, dass die Polizei Spuckschutzhauben einsetzen darf. Falls sie dieses nicht umgehend umsetzen, würden wir sie gerne zu unserer nächsten Fachgruppensitzung der Schutzpolizei in die Geschäftsstelle der Gewerkschaft der Poli-

zei einladen. Hier können sie ja dann den Polizistinnen und Polizisten, gerade auch den schon angespuckten Kolleginnen und Kollegen, erklären, warum sie die Spuckschutzhauben nicht erlauben. Falls sie zu der Sitzung (Termin würden wir mit ihnen absprechen) nicht erscheinen können, wissen wir ja um ihren Respekt und ihre Wertschätzung uns gegenüber.

Herr Mäurer, es kann nicht sein, dass man dieses Problem verdrängt! Über eine schnelle Antwort von Ihnen wären wir nicht nur dankbar, sondern erwarten sie auch umgehend. Für nähere Fragen steht Ihnen der Vorstand der Fachgruppe der Schutzpolizei gerne zur Verfügung.

*Nils Winter  
Vorstandsmitglied der  
Fachgruppe Schutzpolizei*

FACHGRUPPE BEREITSCHAFTSPOLIZEI

# Schichtzulage und Vorsorgekur ausgeschlossen?

**Eine überraschende Auskunft erhielt eine Kollegin der Einsatzzüge, als sie sich erkundigte, wann sie denn – nachdem sie von August bis Oktober 2012 als Ausbilderin im Praktikum 4 tätig war – wieder mit der Zahlung der Wechselschichtzulage rechnen könne.**

Ihr wurde erklärt, dass der erneuten Zahlung der Zulage eine 10- bzw. 14-wöchige Phase vorausginge, in der geprüft werde, ob die Voraussetzungen für eine Zahlung erfüllt seien. Dabei hätten bei ihr persönliche Urlaubs- und Krankheitszeiten jeweils zu einem erneuten Beginn der Prüfungsphase geführt. Mit der bestehenden Planung von Urlaub und einer zwingenden dienstlichen Fortbildung hat die Kollegin nun die Aussicht, den Anspruch auf die Wechselschichtzulage frühestens im Mai 2013 wieder nachzuweisen – eine Nachzahlung für die Zeit ab

Oktober 2012 gebe es nicht! Obendrein sollte auch noch der Anspruch auf eine Vorsorgekur verloren gegangen sein!

**Das kann so nicht richtig sein!**

Bundesverwaltungsgericht weist den Weg

Ein Blick auf ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts aus dem Jahr 2011 (2 C 73.10) weist hier den richtigen Weg:

**Leitsatz  
Nachtschichten, die der Beamte aus den in § 19 Abs. 1 Satz 1 EZulV genannten Gründen (Erholungsurlaub, Krankheit oder Fortbildung) nicht absolviert hat, sind bei der Berechnung des Nachtschichtpensums, das nach § 20 Abs. 1 Satz 1 EZulV für die Gewährung der Wechselschichtzulage erforderlich ist, in dem zeitlichen Rahmen des § 19 Abs. 1 Satz 2 EZulV wie Dienstzeiten zu berücksichtigen.**

Das Gericht hat in seiner Begründung klargestellt, dass § 19 Abs. 1 EZulV jeden Schichtzulagentatbestand ergänzt, indem er Unterbrechungszeiten den Zeiten der Dienstleistung gleichstellt (Rz. 25). Für die Berechnung des erforderlichen Nachtschichtpensums sind diese Zeiten so einzubeziehen, als wären sie verrichtet worden (Rz. 24). Der Anspruch auf die Wechselschichtzulage für den jeweiligen Monat wird nach § 18 Abs. 1 EZulV mit dem Beginn des Einsatzes im Wechselschichtdienst erworben, wenn in den zehn Wochen vor dem Monatsletzten mindestens 80 Nachtschichtstunden gutzuschreiben sind. Für die ersten beiden Monate des ständigen Einsatzes im Wechselschichtdienst muss das Nachtschichtpensum, das abgeleistet wurde, auf zehn Wochen hochgerechnet werden. Ggf. kommt für den jeweiligen Monat die Gewährung einer niedrigeren Schichtzulage nach § 20

*Fortsetzung auf Seite 4*



# Immer mehr Bedarfe und kein Dienstende

**In beinahe zweijähriger Arbeit hat eine Arbeitsgruppe aus Angehörigen der Einsatzzüge in 2009 und 2010 einen Dienstplan mit einem Regelwerk erstellt, der sowohl die Vorgaben der Behördenleitung als auch Mitarbeiterinteressen berücksichtigt und mit den Kolleginnen und Kollegen abgestimmt wurde.**

Dienstplan und Regelwerk werden von den Kolleginnen und Kollegen in den Zü-

Fortsetzung von Seite 3

Abs. 2 EZuV in Betracht (Rz. 12). Eine gleichgewichtige Heranziehung zu den verschiedenen Schichten ist nicht erforderlich (Rz. 10).

**Wir erwarten, dass die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts umgesetzt wird!**

Kolleginnen und Kollegen mit einem anerkannten (Wechsel-)Schichtplan ist die Schichtzulage ab dem ersten Anspruchsmonat zu zahlen und nicht erst nach einem 10- oder 14-wöchigen Prüfungszeitraum. Urlaubs-, Krankheits- und Fortbildungszeiten dürfen zu keiner Minderung oder gar zum Ausschluss führen.

## Programmierfehler in Revier-S?

Sollten Programmierfehler in Revier-S Ursache für die Nichtzahlung der Schichtzulage sein, kann es nicht angehen, dass die Kolleginnen und Kollegen bis zu deren Beseitigung auf ihr Geld warten. Hier sollte die gemäß bestehendem Schichtplan rechnerisch zustehende Zulage sofort aus- bzw. nachgezahlt werden.

Auch der Anspruch auf eine Vorsorgekur darf durch eine kurzzeitige Unterbrechung des Schichtdienstes aus dienstlicher Notwendigkeit, wie z. B. beim Praktikum 4, nicht verloren gehen – zumal hierüber eine Vereinbarung mit der Behördenleitung besteht!

**Michael Hellberg  
stellv. Vors. Fachgruppe BePo**

gen getragen, obwohl dienstfreie Wochenenden nur über 12-Stunden-Schichten am Wochenende zu realisieren waren. Im Ergebnis lässt sich aber feststellen, dass Dienstplan und Regelwerk der Einsatzzüge bei Inkrafttreten alle Forderungen der Behörde und auch viele Wünsche und Bedürfnisse der Kollegen erfüllte und durchaus als gelungen bezeichnet werden darf.

Der Dienstplan teilt sich in einen Regeldienstplan mit den grundsätzlich verlässlichen und planbaren Dienstzeiten und einen Rahmendienstplan, in dem die Tage ausgewiesen sind, an denen der Einsatzzug zur Sonderlage herangezogen werden kann. Im Regelwerk wurden die Bedingungen beschrieben, unter denen Kolleginnen und Kollegen der Einsatzzüge an ihren dienstfreien Tagen zum Dienst herangezogen werden können.

## Nur sieben von 42 Tagen frei

Nur sieben von 42 Tagen sind im Dienstplan als wirklich dienstfrei ausgewiesen, darunter auch das „Beton-Wochenende“. Selbst die sollen jetzt nach Ansicht der Behördenleitung noch zu viel sein und für die Sonderlage verfügbar gemacht werden!

Hinzu kommen belastende Entwicklungen, die ihre Ursache nicht im Dienstplan bzw. Regelwerk haben:

- **Kurzfristige Änderung von Dienstzeiten** durch Bedarfe anderer Dienststellen (z. B. Kripo für die Unterstützung einer Durchsuchung),
- **Übernahme zusätzlicher Aufgaben** (z. B. Freimarkt oder Praxistrainer),
- **Arbeitsverdichtung** in den Wochenenddiensten – besonders problematisch bei Überstunden,
- **Zunahme der Einsatzanlässe und des zur Bewältigung erforderlichen Personals,**
- **Zweitverwendung in der Sonderlage,**
- **Überstunden durch Einsätze an dienstfreien Tagen,**
- **wiederkehrende Reduzierung unter Sollstärke** sowie auch jetzt schon
- **der gelegentliche Einsatz des „Betonfrei-Zuges“.**

Eine Einschränkung der Regelung zum Betonwochenende und zu den dienstfreien Tagen ist unter diesen Bedingungen nicht akzeptabel, da sie die



**Michael Hellberg**

Arbeitsschutzfunktion für die Kolleginnen und Kollegen erheblich verringern, wenn nicht sogar aufheben würde.

Den freiwilligen Einsatz im Betonwochenende halte ich für ebenfalls nicht vertretbar. Mit Blick auf die Überstunden der Kolleginnen und Kollegen sollte aus fürsorglicher Verantwortung darauf verzichtet werden, auch weil ein gleichwertiger Ausgleich nicht garantiert werden kann: Alle Einheiten wären in solch einem Fall im Einsatz gewesen und die beiden „ausgleichsberechtigten“ Züge der Bereitschaftspolizei, die am Folgewochenende wieder vorrangig einzusetzenden Einheiten.

Ein individueller Ausgleich an den Regeldienstwochenenden ist bei der Vielzahl der Ansprüche gleichfalls nicht darstellbar, insbesondere bei der regelmäßigen Reduzierung weit unter die Sollstärke in der Haupturlaubszeit.

Nur zwei Jahre ist es her, dass ich vom damaligen Polizeipräsidenten Münch auf meinen offenen Brief zum Einsatz am Betonwochenende und zu den Einsatzbedingungen beim Castortransport zur Antwort erhielt: „... Wir werden aber an dem jetzigen Regelwerk festhalten und den Dienstplan nicht gefährden. ... Die einfache Formel, wenn weniger Kräfte vorhanden sind, müssen alle mehr arbeiten, kann und soll nicht gelten.“

Deshalb erwarten wir, dass die Polizeiführung nach anderen Rückfallebenen sucht und das dafür notwendige Personal bei der Politik eingefordert und nicht wieder zum „Klassiker“ Mehrbelastung gegriffen wird!

**Michael Hellberg  
stellv. Vors. FG BePo**



FACHGRUPPE ZENTRALE DIENSTE

# Neu aufgestellt!

**D**ie Fachgruppe Zentrale Dienste (FG ZD) hat sich neu aufgestellt. Am 24. Januar hat eine Mitgliederversammlung das Ende der Legislaturperiode festgelegt und den Fachgruppen-Vorstand neu gewählt.

Die Mitglieder des neuen Vorstandes sind:

- 1. Vorsitzender:**  
Bernd Hinrichs, PSt 13
- 2. Vorsitzender**  
Bernd Damberg, ZTD 11
- 1. Protokollführerin**  
Christina Brandes, ZES 10
- 2. Protokollführer**  
Gerno Pollex, ZES 30
- Beisitzerin/Beisitzer**  
Uschi Barz, FP 100  
Marion Müller, FP 100  
Andreas Rippert, ZTD 14  
Bernd Stolle, ZES  
Oliver Thies, ZTD 13  
Stefan Wenzel, ZTD 12  
Ronald Winter, ZTD 15

Wir danken den bisherigen Vorstands-Kollegen Jörg Kempers, Jörg Moldenhauer, Klaus Dunker, Axel Biallas und Monica Wehaus für ihre langjährige und engagierte Arbeit in unserer Fachgruppe.



V. l. n. r.: Bernd Stolle, Oliver Thies, Tina Brandes, Andreas Rippert, Gerno Pollex, Bernd Hinrichs, Uschi Barz, Ronald Winter, Marion Müller; nicht im Bild: Bernd Damberg und Stefan Wenzel

Mit der neuen Mannschaft werden wir die Fachgruppe Zentrale Dienste (FG ZD) weiter nach vorn bringen und die Interessen der von uns vertretenen Tarifbeschäftigten und Beamten innerhalb der Polizei, aber auch innerhalb der Gewerk-

schaft, konsequent vertreten! Kommt mit euren Anliegen und Ideen zu uns. – Wir stehen Euch jederzeit als Ansprechpartner zur Verfügung!

**Bernd Hinrichs**  
Vorsitzender FG ZD

## LANDESVORSTAND

# Der Klassiker

**F**inanzsenatorin Karoline Linert hat eine seltene Begabung dafür, den Nerv der Kolleginnen und Kollegen zu treffen. In einem Interview zur laufenden Tarifrunde erklärte die Finanzsenatorin auf die Frage, welche Stellschrauben es denn gäbe, wenn der Abschluss höher läge als die derzeit in den Haushalt eingestellten 1,0%:

„Abgesehen vom Personalabbau, der nicht einfach ist, kann vereinbart werden, dass Tarifabschlüsse für Angestellte nicht eins zu eins auf die Beamtinnen und Beamten übertragen werden. Das ist sozusagen der Klassiker.“

Die Merkmale eines Klassikers sind laut Wikipedia u. a.:

- hoher Bekanntheitsgrad über einen längeren Zeitraum hinweg (oft auch generationsübergreifend)
- gewisser Traditionswert
- hoher Wiedererkennungswert

Nicht alle Merkmale müssen auf einen Klassiker zutreffen, um ihn zu einem solchen zu machen.

Zweifelsohne trifft das erste Merkmal „hoher Bekanntheitsgrad über einen längeren Zeitraum hinweg“ auf die zeitliche und inhaltliche Verkürzung des Tarifabschlusses für den Beamtenbereich zu. Denn seit den frühen 90er-Jahren ist kein Tarifergebnis mehr zeit- und inhaltsgleich übernommen worden. Das heißt,

aus Sicht der Arbeitgeber hat diese Vorgehensweise auch schon einen „gewissen Traditionswert“, eine Sicht, die von den Gewerkschaften selbstverständlich nicht geteilt wird.

Für Gewerkschaften ist das Verweigern der zeit- und inhaltsgleichen Übernahme eines Tarifabschlusses eine Gehaltskürzung auf kaltem Wege. Eine Gehaltskürzung als „Klassiker“ zu bezeichnen, zeugt schon von einem gewissen Zynismus.

Ein Kollege hat es in einer Mail an die Finanzsenatorin so formuliert:

„So eine öffentliche Geringschätzung Ihrer Beamtenschaft ist schlichtweg UNMÖGLICH!!!“

**Der Landesvorstand**



# Was das wohl gekostet hat? Betriebliches Gesundheitsmanagement im Stadtamt

**E**s begann im Jahre 2010. Frau Linnert gibt eine Handlungshilfe und Dienstvereinbarung „Betriebliches Gesundheitsmanagement“ heraus. Nein, eigentlich schon einige Jahre früher, so Ende 2007. Aber dazu später. Also, Frau Linnert und viele andere Menschen haben erkannt, Arbeit kann krank machen. Sie schreibt in ihrem Vorwort richtig (Zitat):

„Entscheidend für die Leistungsfähigkeit, Bürger- und Serviceorientierung einer Verwaltung sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie sind es, die die Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger erbringen. Dabei müssen sie sich auf vielfältige neue Problemlagen einstellen und sich mit veränderten Anforderungen und sich weiterentwickelnden Arbeitsabläufen zurechtfinden können. Dafür sind nicht nur ihre Qualifikation und ihre Motivation von entscheidender Bedeutung, sondern zunehmend auch das Wohlbefinden und die Gesundheit.“

**Sie sind in der Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft mehr denn je die Grundlage der Leistungsfähigkeit der Beschäftigten.“**

Schöne Worte, große Worte, beeindruckende Worte, leere Worte! Alles nur Theorie! (Anmerkung zur aktuellen Tarifrunde: Frau Linnert hat mal wieder nur 0,9%(!) im Haushalt für eine Tarifierhöhung eingeplant. Eine zeitgleiche Übernahme für die Beamten ist schon gar nicht drin!)

Nun zum praktischen Teil (und gleichzeitig ein kleiner Beitrag dazu, wie mit Geld im Lande Bremen umgegangen wird):

Mir ist nicht bekannt, welche Auflagen den Dienststellen bezüglich der Dienstvereinbarung Gesundheitsmanagement durch die Senatorin für Finanzen vorgegeben wurden. Ist auch egal. Jedenfalls wurden eines Tages, das muss so Mitte 2007 gewesen sein, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu einer Personalversammlung ins Kongresszentrum eingeladen (Mietkosten!). Der größte Teil

der Belegschaft folgte der Einladung (Personalkosten/halber Arbeitstag!).

Ebenfalls eingeladen war ein Professor aus Hamburg (Honorarkosten!), der eine Studie über Arbeitsplätze und Gesundheit – meine Worte – durchführte und uns Ursachen und Auswirkungen sowie die daraus resultierenden drastischen gesundheitlichen Auswirkungen auf den Menschen vortrug. Erschreckend kann ich nur sagen! Aber das Erkennen ist ja bekanntlich der erste Weg zur Verbesserung, oder? Das stellte nun den Grundstein für viele weitere Maßnahmen dar.

Bereits Ende 2007 wurden im Stadtamt Fragebögen für eine Mitarbeiterbefragung zur Betrieblichen Gesundheitsförderung ausgegeben, sozusagen für eine Bestandsaufnahme. 68,9% betrug die Rücklaufquote dieser Fragebögen. Im Juli 2008 erhielten wir dann Informationen über den Stand der Dinge.

Danach ergaben sich für den Projektablauf Zeitachsen von der Installation im Juli 2008 bis zur Entscheidungsvorlage des Lenkungsausschusses (viel Zeitaufwand und hohe Personalkosten) zur Gesundheitsförderung im Stadtamt im Frühjahr 2009. Die Auswertung der Fragebögen ergab erschreckende Ergebnisse bezüglich der gesundheitlichen gegenwärtigen Situation und für die Zukunft. Welche, schreibe ich hier nicht auf, wissen wir doch alle, wie und wo die Arbeit für uns belastend ist.

Zur Ermittlung tatsächlicher Bedarfe wurden in jedem Abschnitt/Bereich des Stadtamtes – und davon gibt es viele! – sogenannte Arbeitsgruppen, die „Gesundheitswerkstätten“ eingerichtet (viele Personal- und Zeitkosten – und bleibt doch die eigentliche Arbeit liegen). Gesundheitswerkstätten werden die Arbeitsgruppen genannt, die die Probleme vor Ort erarbeiten, in Dienstbesprechungen den KollegInnen vorstellen und ihr Okay einholen, sie an den Lenkungsausschuss weiterleiten, der diese Ergebnisse sammelt und in die Schreibtischschublade ablegt.

Jede Abteilung des Stadtamtes hat längst schon seine Aufgabe erledigt – und das gewissenhaft, pflichtbewusst und zeitnah – zusätzlich zu seinen eigentli-

chen Aufgaben. Das war es dann wohl auch! Die oberen Ränge haben ja stets Wichtigeres zu tun, als sich um das Wohlbefinden seiner Beschäftigten zu kümmern. So sind da Umstrukturierungen, Umbauten, politische Rangeleien und wer weiß, was noch alles. Alles wichtiger als das Hauptinstrument, das den öffentlichen Dienst maßgeblich ausmacht und ohne dem Verwaltung nicht möglich ist: das Personal!!! Es hat das Jahr 2013 begonnen, abschließende Ergebnisse aus dem Gesundheitszirkel, angefangen im Jahre 2007, sind noch nicht in Sicht.

Betrachtet man sich das mal so richtig mit Abstand und verinnerlicht es sich, so ist es doch nicht verwunderlich, dass der Bremer Haushalt so marode dasteht!

Also bisher kann ich nur sagen:

**Außer Spesen nichts gewesen.**

**Was das wieder gekostet hat?**

**Alles für die Tonne!**

Ich wage es nicht, die ganze Geschichte in Personen mal Personalkosten und mal Zeitaufwand aufzurechnen. Bin mir aber sicher, dass es mindestens für eine 6,5%ige-Einkommenserhöhung aller Beschäftigten im öffentlichen Dienst für die nächste Laufzeit ausreicht.

Petra Senger

## JUNGE GRUPPE

### Sitzungen JUNGE GRUPPE

Ab sofort trifft sich die JUNGE GRUPPE immer am ersten Dienstag jeden Monats um 16.00 Uhr in der GdP-Geschäftsstelle.

Die nächste Sitzung ist am 5. März.

Falls ihr Interesse an der Arbeit der JUNGE GRUPPE habt, schaut einfach herein. Auch bei Fragen oder Problemstellungen helfen wir euch gerne weiter.

Wir freuen uns auf euch.

Eure  
JUNGE GRUPPE



## JUNGE GRUPPE

# Die JUNGE GRUPPE mit neuem Kapitän

Jochen Kopelke wird Nachfolger von Tim Gelineck

**D**ie JUNGE GRUPPE ist die Jugendorganisation der Gewerkschaft der Polizei, welche sich für die besonderen Interessen und Belange der jungen Mitglieder stark macht. In Bremen und Bremerhaven gehören heute rund 400 junge Kolleginnen und Kollegen dieser Jugendorganisation an.

Als Christian Haas und ich vor rund sechs Jahren die Idee hatten, die JUNGE GRUPPE in Bremen neu zu gründen, konnten wir nur grob ahnen, wie viel Arbeit in den anstehenden Jahren auf uns zukommen sollte. Neben unserem regulären Polizeidienst und unseren ersten Gehversuchen innerhalb der gewerkschaftlichen Arbeit liefen wir mühsam von Studiengruppe zu Studiengruppe, Revier zu Revier und Einsatzzug zu Einsatzzug, um von der Idee JUNGE GRUPPE zu berichten und Freiwillige für die ehrenamtliche Mitarbeit zu gewinnen.

Schnell war uns klar, dass unsere erste Aufgabe nicht die ganz große gewerkschaftspolitische Arbeit sein konnte. Um wirklich etwas für die junge Generation in der Polizei bewegen zu können, mussten wir zuerst junge Kolleginnen und Kollegen für das ehrenamtliche Engagement und die Gewerkschaftsarbeit an sich begeistern. Ziel war ein Netzwerk junger aktiver Mitglieder, um möglichst zeitnah und ungefiltert ein Feedback zu bekommen, wo jeweils aktuell der Schuh drückt.

Neben der thematischen Arbeit begannen wir mit Aktionen, um auf die JUNGE GRUPPE aufmerksam zu machen. So fingen wir beispielsweise an, jeweils am 1. 10. eines Jahres den neuen Ausbildungsjahrgang an der BePo mit einem Willkommensstand zu begrüßen und etablierten die Kennenlernfete (KeLeFe) für die Auszubildenden neu.

Mit der Zeit bekamen wir immer mehr Zulauf von jungen engagierten Kolleginnen und Kollegen, die aktiv in der JUNGEN GRUPPE mitarbeiten wollten. So war es möglich, die anfallende Arbeit auf mehrere Schultern zu verteilen, uns thematisch immer breiter aufzustellen und zusätzliche Aktionen und Events zu organisieren. Beginnend mit dem G8-Gipfel in Heiligendamm stellte die JUNGE GRUPPE im Laufe der Jahre diverse Be-

treuungsteams für verschiedenste Groß-einsätze. Sie organisierte den GdP-Kart-Cup, veranstaltet jährliche Seminare, unterstützt regelmäßig die KeLeFe, führt Gespräche mit der Polizeiführung sowie den politisch Verantwortlichen und organisiert Begrüßungs- und Informationsveranstaltungen in den Ausbildungsjahrgängen. Weiterhin gibt sie Interviews für die Presse, führte eine große Mitarbeiterbefragung zur Motivationslage innerhalb der Polizei durch, installierte eine Informationsdatenbank zu Poli-

mittlerweile mehr als erreicht sind, war es für mich nach gut fünf Jahren als Landesjugendvorsitzender an der Zeit zurückzutreten und einem neuen, jüngeren Vorstand die Möglichkeit zu geben, verantwortlich zu gestalten und die JUNGE GRUPPE Bremen mit frischen Ideen weiter zu beleben.

Aus selbigem Grund traten auch mein langjähriger Stellvertreter Christian Haas sowie unser Schriftführer Christian Modder mit mir zurück und machten den Weg für Neuwahlen am 10. 1. 2013 frei.

Nach spannenden Wahlen setzt sich der neue Vorstand der JUNGEN GRUPPE Bremen nun aus **Jochen Kopelke** (Vors.), **Thomas Bartz**, **Nils Peters**, **Georg Heinrich** (alle stellv. Vors.), **Torben Sommer** (Beisitzer), **Sebastian Erben** (Beisitzer), **Simon Heimböckel** (Schriftf.) und **Eva Schmidt** (stellv. Schriftf.) zusammen. Ich bin mir sicher, dass Jochen gemeinsam mit dem neuen Vorstand die Geschicke der JUNGEN GRUPPE hervorragend lenken wird und wünsche ihnen dabei viel Erfolg, Spaß und Durchhaltevermögen für ihre anstehenden Aufgaben.

Mein Dank gilt allen aktiven GdP-Mitgliedern, die sich ehrenamtlich für alle Kolleginnen und Kollegen einsetzen und sich somit täglich für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen stark machen. Mein Dank gilt auch dem geschäftsführenden Landesvorstand der GdP Bremen mit seinem Vorsitzenden Horst Göbel, der die JUNGE GRUPPE immer nach Kräften unterstützte und stets die Wichtigkeit der gewerkschaftlichen Jugendorganisation betont hat.

Mein besonderer Dank gilt aber meiner JUNGEN GRUPPE, deren Aktive ich hier leider nicht alle namentlich aufzählen kann. Vielen Dank für euer beeindruckendes Engagement, euer Vertrauen und euren Mut. Vielen Dank für die tolle Zeit!

*Tim Gelineck*



Alter – und neuer Kapitän: Tim Gelineck und Jochen Kopelke (v. l.)

zeithemen für Auszubildende an der GdP-Geschäftsstelle und unterstützt die jährliche GdP-Tanzparty. Die JUNGE GRUPPE stellt die absolute Mehrheit im Ausbildungspersonalrat, startete die Jagd auf Mister X und veranstaltet gemeinsam mit der HfÖV, der Polizei und der DKMS die jährliche Weihnachtstypisierung.

Dank des ehrenamtlichen Engagements einer Vielzahl junger Kolleginnen und Kollegen ist die JUNGE GRUPPE Bremen mittlerweile kompetenter Ansprechpartner für die Belange der jungen Mitglieder und hat sich auf Landes- wie auch auf Bundesebene innerhalb der GdP fest etablieren können. Mitglieder der JUNGEN GRUPPE Bremen sind heute in nahezu allen Gremien und Ausschüssen der GdP vertreten. Das Netzwerk der JUNGEN GRUPPE erstreckt sich flächendeckend von allen Direktionen der Polizei Bremen über die HfÖV bis hin zur OPB Bremerhaven.

Nachdem unsere ursprünglichen Ziele für die JUNGE GRUPPE in Bremen



## 4. Landesfrauenkonferenz in Bremerhaven

**A**m 10. April 2013 findet in der Zeit von 9.00 bis 16.00 Uhr in der MOS in Bremerhaven die 4. Landesfrauenkonferenz statt.

Das LEIT(D)MOTTO ist: **Gleiche Pflichten! Gleiche Rechte? Gleiche Chancen?**

Dieses beim ersten Überfliegen anti-quiert anmutende Thema beschäftigt uns leider auch im 3. Jahrtausend immer noch. Auf dem Papier stehen uns Frauen alle Möglichkeiten offen!

Doch wie geduldig ist dieses Papier?

Wie sieht die Realität aus?

Das sind Fragen, die wir nicht nur geklärt, sondern in Zukunft geregelt haben möchten. Für die kommenden vier Jahre haben wir uns deshalb sehr viel vorgenommen, und wir sind sicher, die gesteckten Ziele zu erreichen. Gerade auf dieser Landesfrauenkonferenz wird in den von den Kolleginnen gestellten Anträgen deutlich, wie Chancengleichheit Realität werden kann.

Natürlich kommen auf dieser Konferenz auch die so wichtigen Gespräche mit

Kolleginnen, die man schon sehr lange nicht mehr gesehen hat, oder mit Gästen, die man sonst nur sehr selten zu Gesicht bekommt, nicht zu kurz.

Mehr wird jetzt aber nicht verraten, denn wir möchten dich gern als Gast dabei haben.

*Siggi Holschen  
Landesfrauengruppe*

**PS: Kinder können mitgebracht werden.**

### FACHGRUPPE SENIOREN

#### Termine März 2013

##### Bremerhaven

**Dienstag, 12. März 2013, 16.00 Uhr, Ernst-Barlach-Haus, Am Holzhafen 8**

**Kohlwanderung der Senioren in Bremerhaven:**

**Donnerstag, 7. März 2013, Treffen um 11.30 Uhr, Große Kirche**  
Kostenbeitrag 12,50.

Anmeldungen bei den Kollegen:  
Wolfgang Stanger, Tel. (04 71) 8 76 54,  
Wolfgang Rooch, Tel. (04 71) 5 16 61,  
Herbert Meyer, Tel.: (0 47 43) 77 96  
Nichtwanderer, die teilnehmen möchten, bitte Wolfgang Rooch anrufen.

##### Bremen

**Donnerstag, 14. März 2013, 15.30 Uhr, Grollander Krug**

Zu diesem Termin wird die SIGNAL-Iduna PVAG einen Vortrag zum Thema **Zusatzpflegeversicherung für alle** halten.

*Wolfgang Karzenburg*

#### Berlin-Reise im Mai

**Termin:  
12. bis 14. Mai 2013.**

Abfahrt 8.00 Uhr ZOB (Cinemaxx). Gegen Mittag Ankunft im Hotel Ambassador. Im Anschluss eine kleine Schnuppertour mit dem Bus durch Berlin, danach gemeinsames Abendessen im Hotel. Der restliche Abend zur freien Verfügung.

**Montag, 13. Mai:**

9.00 Uhr Besichtigung des Bundestages mit Vortrag im Plenarsaal, Besichtigung der Dachterrasse mit Kuppel. Mittagessen in der Bremer Vertretung, anschließend Vortrag mit Kaffee und Kuchen, danach Stadtrundfahrt mit Gästeführer. Der Abend steht zur freien Verfügung.

**Dienstag, 14. Mai:**

9.00 Uhr Abfahrt nach Potsdam, Besichtigung von Schloss Sanssouci, Rundgang im Schlosspark, Besichtigung des Cecilienhofes und Fahrt zur Glienicker Brücke. Gemeinsames Mittagessen in Potsdam, anschl. Rückfahrt nach Bremen. Ankunft ca. 19.00 Uhr/ZOB.

**Preis pro Person im DZ 238 €  
(EZ-Zuschlag 40 €)**

**Bei Interesse (schnellstmöglich)  
Anmeldungen bei: Eckhard Lindhorst,  
Telefon (04 21) 55 53 98, oder E-Mail:  
eckhardlindhorst@web.de**

#### Tagesseminar Vorbereitung auf den Ruhestand

##### Bremen

**Dienstag, 9. April 2013, 9.00 Uhr, und Dienstag, 24. September 2013, 09.00 Uhr**  
Vereinsgaststätte Postillion – Bremer Sportclub, Werderstr. 66, 28199 Bremen

Anmeldungen ab sofort – auch für Kolleginnen und Kollegen aus Bremerhaven – über die GdP-Geschäftsstelle: Telefon (04 21) 9 49 58 53 oder E-Mail: info@gdp-hb.de. Sonderurlaub kann beantragt werden.

*Wolfgang Karzenburg*

